

SAFER WORLD is a private independent international internet information network
www.safer-world.org

newsletter 62/ 30. 12. 2003

AKTIV

Hamburg, 16.12.2003 Aktion zum Gläsernen Pflanzenschutz

Das Pestizid Aktions-Netzwerk e. V. (PAN Germany) fordert Bundesministerin Künast auf, den Einsatz von Pestiziden endlich transparent zu machen. BürgerInnen können die Aktion unterstützen.

Seit 2 Jahren fordert der § 5 (4) des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) von den Landwirten die Dokumentation des Spritzmitteleinsatzes. Die Verantwortung für die Realisierung der Dokumentationspflicht liegt jedoch im Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL). Dort wurde dieser Paragraph bisher nicht umgesetzt.

„Die Verfügbarkeit von Daten über den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist ein wesentlicher Baustein auf dem Weg zu einem umweltverträglicheren Pflanzenschutz. Wir haben mit Studien gezeigt, dass gläserner Pflanzenschutz notwendig und machbar ist, und wir haben alle Beteiligten zum Gespräch eingeladen. Dieses hat gezeigt, dass sich auch die Fachkreise für Gläsernen Pflanzenschutz aussprechen. Nun ist Handeln überfällig“ meint Carina Weber, Geschäftsführerin des Pestizid Aktions-Netzwerkes.

Das Pestizid Aktions-Netzwerk fordert vom BMVEL die unverzügliche Umsetzung des § 5 Bundesnaturschutzgesetz:

- durch die Aufnahme einer gesetzlichen Verpflichtung zur detaillierten feldspezifischen Dokumentation des Einsatzes von Pestiziden in das Pflanzenschutzrecht bis Ende 2004
- sowie den Beginn der Dokumentation und Datenerhebung bis Ende 2005 und die erste Veröffentlichung von Daten bis Ende 2006.

Mit der Forderung, die erhobenen Daten zu veröffentlichen, geht das Pestizid Aktions-Netzwerk weiter als das Naturschutzgesetz. Susanne Smolka, verantwortlich für den Bereich Öko- und Humantoxikologie beim Pestizid Aktions-Netzwerk: „Wir wollen, dass die Anwendungsdaten nicht nur aufgezeichnet, sondern auch erhoben und veröffentlicht werden. Nur so können die Risiken des chemischen Pflanzenschutzes durch gezielte Programme gemindert werden. Bleiben die Daten in den Schubladen der Landwirte, sind sie wertlos“.

Bürgerinnen und Bürger können sich äußern.

BürgerInnen können ihr Interesse an einem Gläsernen Pflanzenschutz durch die Übersendung einer Postkarte an Bundesministerin Künast ausdrücken. Ein Faltblatt hierzu kann bei PAN Germany angefordert werden und ist auch online verfügbar unter: www.pan-germany.org.

Weitere Informationen:

Susanne Smolka: Tel. 040-399 19 10-24 (Email: Susanne.Smolka@pan-germany.org)

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. Fon: +49 (0)40-39 91 91 0-0 Nernstweg 32, D-22765 Hamburg Fax: +49 (0)40-390 75 20
<mailto:presse@pan-germany.org>: <http://www.pan-germany.org>

=====

CHEMIKALIEN - BLEI

Berlin, 12.12.03 Umweltbundesamt Presse-Information **Grenzwert fuer Blei im Trinkwasser gesenkt**

Anpassung der deutschen Trinkwasserverordnung macht Trinkwasser sicherer- Kein Wasser aus Bleileitungen fuer Kinder

Seit 1. Dezember 2003 gilt ein neuer Grenzwert fuer Blei im Trinkwasser. Erlaubt sind jetzt nur noch 25 Mikrogramm pro Liter ($\mu\text{g/l}$). Hierauf weist das Umweltbundesamt (UBA) hin. Bisher lag der Wert bei 40 $\mu\text{g/l}$. Diese Anpassung der deutschen Trinkwasserverordnung (TrinkwV 2001) war durch die EG-Trinkwasserrichtlinie vorgegeben. Zu Beginn des Jahres 2013 wird der Wert noch weiter sinken. Dann darf Trinkwasser hoechstens noch 10 $\mu\text{g/l}$ Blei enthalten. Erst dieser Wert ist auch fuer Saeuglinge und Kleinkinder gesundheitlich duldbar. Bis dahin gilt wie bisher: Fuer Saeuglinge sollte Trinkwasser aus Bleileitungen nicht verwendet werden. Die stufenweise Senkung des Bleigrenzwertes ermoeoglicht es, die Vielzahl noch vorhandener Installationen mit mehr oder weniger großen Anteilen aus Blei Schritt fuer Schritt zu ersetzen. Hauseigentuemern haben also noch bis Ende 2012 Zeit, Bleileitungen gegen solche aus besser geeigneten Materialien auszutauschen. Diese sind - je nach Wasserqualitaet - Kupfer, innenverzinntes Kupfer, Edelstahl, verzinkter Stahl sowie Kunststoffe und kunststoffbasierte Verbundmaterialien. Zur Finanzierung des Austauschs stehen bundesweit Foerdermittel aus dem Wohnraum-Modernisierungsprogramm der Kreditanstalt fuer Wiederaufbau zur Verfuegung (<http://www.kfw.de/>, Programm-Nr. 133, Merkblatt 140690 vom April 2003).

Erhoehnte Bleigehalte des Trinkwassers beeintraehtigen - vor allem durch schleichende Aufnahme kleiner und dennoch toxischer Bleimengen - die Blutbildung und die Intelligenzentwicklung bei Ungeborenen, Saeuglingen und Kleinkindern. Bei Erwachsenen lagert sich Blei in die Knochen ein und ist dann unschaedlich. Es kann von dort aber in Phasen erhoehnten Stoffwechsels - zum Beispiel waehrend einer Schwangerschaft - wieder in das Blut gelangen. Deshalb sollten auch junge Frauen und Schwangere kein Trinkwasser aus Bleileitungen trinken, vor allem dann nicht, wenn es vorher in den Leitungen gestanden hat („Stagnation“).

Bleirohre werden seit 1973 in Deutschland nicht mehr fuer die Trinkwasserversorgung eingebaut, sind aber in 10 bis 15% der Wohnhaeuser nord-, west- und ostdeutscher staedischer Verdichtungsgebiete noch in Betrieb. In Sueddeutschland dagegen sind sie schon seit ueber 100 Jahren verboten.

KleinfILTER oder ein Abkochen des Wassers entfernen das Blei nicht aus dem Wasser. Das einzig langfristig wirksame Mittel, um das Blei in den betroffenen Haushalten und Haeusern aus dem Trinkwasser zu verbannen, ist der Einbau besser geeigneter Rohre. Es gibt aber einige kurzfristig wirksame Maßnahmen zur Selbsthilfe, mit denen sich die Bleibelastung des Trinkwassers bis zu einer Sanierung senken oder teilweise vermeiden laesst. Das Umweltbundesamt empfiehlt:

- Befragen Sie, falls Sie nicht wissen, ob Ihr Haus oder Ihre Wohnung eine Bleiinstallation enthaelt, den Hauseigentuemern oder einen Fachbetrieb des Sanitaer- und Heizungshandwerks. Auch Messingarmaturen enthalten derzeit noch aus produktionstechnischen Gruenden das Element Blei in einer solchen Menge, dass nach Stagnation der jetzt gueltige Grenzwert von 25 $\mu\text{g/l}$ ueberschritten sein kann.
- Verwenden Sie grundsaeztlich kein Trinkwasser aus Bleileitungen zur Zubereitung von Saeuglingsnaehrung. Verwenden Sie stattdessen ein fuer die Saeuglingsernaehrung als geeignet gekennzeichnetes abgepacktes Wasser oder ein Trinkwasser einwandfreier Beschaffenheit.
- Lassen Sie Trinkwasser aus Bleileitungen vorsorglich eine Minute ablaufen, bevor Sie Nahrungsmittel fuer Jugendliche und Erwachsene damit zubereiten
- Pruefen Sie oder lassen Sie pruefen, ob bis zur Sanierung eine Stichleitung vom Wasserzaehler in ihre Wohnung bis zur Kueche gelegt werden kann. Aus dieser Leitung koennten Sie dann zumindest fuer Lebensmittelzwecke bleifreies Trinkwasser entnehmen.
- Ist Ihr Grundstueck ueber eine bleierne Anschlussleitung mit dem Netz verbunden, so laesst sich die Bleikonzentration durch Ablaufenlassen nicht zuverlaessig oder ausreichend senken. Verlangen

Sie in diesem Fall von Ihrem Wasserversorger den Austausch der Anschlussleitung und dessen anteilige Finanzierung.

Anmerkung Scherrmann: Hier ist ersichtlich, dass es viele Jahrzehnte dauert bis sich Erkenntnisse in Grenzwerten niederschlagen und dass die Politik doch eines Tages reagieren kann. Erstaunlich ist m. E. folgende Formulierung: **Erhoehte Bleigehalte des Trinkwassers beeinträchtigen - vor allem durch schleichende Aufnahme kleiner und dennoch toxischer Bleimengen - die Blutbildung und die Intelligenzentwicklung bei Ungeborenen, Säuglingen und Kleinkindern.** (Hervorhebung durch Scherrmann). Wir wünschen uns natürlich, dass diese Einschätzung von „kleinen aber dennoch toxischen Mengen“ auch bezüglich anderer Substanzen bald einen „amtlichen“ Niederschlag findet.

Ich vermute, dass bei der Einschätzung der Toxizität von Blei auch eine Rolle spielt, dass es inzwischen wenig öffentliche Bleileitungen gibt und Bleileitungen weitgehend nur noch in privaten Haushalten zu finden sind. So liegen die Sanierungskosten im privaten Bereich.

=====

CHEMIKALIEN – DUFTSTOFFE

Gute Infos fuer Verbraucherinnen und Verbraucher ueber die Toxizitaet von Duftstoffen ... (URL steht nicht mehr im Netz)

=====

CHEMIKALIEN – SCHMUTZIGE LUFT

17.12.200 Schmutzige Luft führt zu kranken Herzen US-Studie bestätigt Korrelation zwischen Umweltverschmutzung und Krankheit

Dallas (pte, 17. Dez 2003) - Zu einem überraschenden Ergebnis sind amerikanische Forscher bei der Untersuchung nach den Folgen von Luftverschmutzung gekommen: Demnach sterben mehr Menschen an Folgen von Herz- als durch Lungenkrankheiten, berichtet die American Heart Society. URL steht nicht mehr zur Verfügung. .

"Wir haben gewusst, dass Luftverschmutzung nicht der wesentliche Grund für Atherosklerose-Erkrankungen ist, aber schlechte Luft sorgt für Entzündungen, die eine Atherosklerose beschleunigen und dadurch die Herzfunktion mindern", führt Studienautor C. Arden Pope von der Brigham Young University in Provo/Utah aus. Einige der Herzerkrankungen ließen sich durch bessere Luftqualität jedenfalls eindämmen, zeigt sich der Epidemiologe überzeugt. Die Studie wurde an mehr als einer halben Mio. Menschen durchgeführt und beweist eindeutig die Zusammenhänge zwischen Umweltverschmutzung und Gesundheit.

45 Prozent aller Todesfälle der Studienprobanden waren auf Herz-Kreislaufkrankungen zurückzuführen. Dazu zählen Todesfälle durch Herzinfarkte, Herzversagen und Herzinsuffizienz. Nur 8,2 Prozent der Todesfälle waren auf Atemwegserkrankungen zurückzuführen. Die Forscher haben die Sterblichkeitsraten in den Jahren 1982 bis 1998 anhand von Risikofaktoren untersucht und in nachfolgenden Erhebungen Daten von Bürgern, die über 30 Jahre alt waren und in amerikanischen Großstädten wohnten, deren Luftverschmutzungsdaten bekannt waren, ausgewertet. Dabei wurde besonders darauf geachtet die Wirkung von Schmutzpartikeln, die kleiner als 2,5 Mikrometer Durchmesser waren, zu untersuchen. Solche PM2,5 finden sich auch im Zigarettenrauch.

Während des 16-jährigen Beobachtungszeitraumes sind 22,5 Prozent der Probanden verstorben. Die Analyse der Todesfälle ergab eine eindeutige Korrelation zwischen der Luftverschmutzung und einem Anstieg der Todesfälle. Allein der Anstieg der PM2,5 um zehn Mikrogramm pro Kubikmeter Luft führte zu einer Steigerung von Herzerkrankungen um 12 Prozent. Bei ischämischen Herzerkrankungen (die in weiterer Folge zu Herzinfarkten führen) war das Risiko sogar um 18 Prozent höher, bei Herzstillstand und -insuffizienz stieg das Risiko um 13 Prozent. In weiteren Analysen konnten die Wissenschaftler auch feststellen, dass ehemalige Raucher ein um 26 Prozent höheres Risiko, aktive

Raucher ein um 94 Prozent höheres Risiko hatten, an einer Herzerkrankung zu sterben. Damit ergab die Studie auch, dass Rauchen noch schädlicher ist als die Luftverschmutzung. Extrem gefährdet waren damit Raucher, die in luftverschmutzten Städten lebten.

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=031217015>

und/oder Stadtklima: Schwebstoffe als kardiales Risiko – Gefährdung wie bei Ex-Rauchern NEW YORK. Eine hohe Belastung der Stadtluft mit Ruß und Staub führt nicht nur zu einem erhöhten Lungenkrebsrisiko der Bewohner. Eine neue Studie in Circulation (doi: 2003, ...<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=14850>

Anmerkung Scherrmann: Interessant ist, dass dies so formuliert wird, und dass andere Quellen von Luftverschmutzung (z. B. weitere indoor-Belastungen) nicht berücksichtigt werden. Ich denke, die Ergebnisse waeren noch eindeutigerer, wenn andere Substanzen von „schmutziger Luft“ ebenfalls beruecksichtigt wuerden.

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Erklärung der Initiatoren des Freiburger Appells

Die Initiatoren des Freiburger Appells vom 09.10.2002 verabschiedeten auf der IGUMED-

Tagung vom 24./25.Oktober 2003 folgende Erklärung:

1. Der Freiburger Appell vom Oktober 2002 hat mit bundesweit 40.000 Unterschriften, davon 1.200 Ärzten weltweite Resonanz gefunden. Viele weitere Berufsgruppen wie Psychologen, Psychotherapeuten, Heilpraktiker und Therapeuten aus dem Gesundheitswesen sowie Naturwissenschaftler haben ihre Unterstützung bekundet.

2. Die Mobilfunktechnik (Handy, Basisstationen, DECT-Telefone) wurde ohne Gesundheitsverträglichkeitsprüfung flächendeckend eingeführt. Die Beweise für die Risiken dieser Technik für eine wachsende Zahl von Betroffenen nehmen in erdrückendem Maße zu (siehe Leukämiefälle in Spanien 2002, schwedische Studie von 2002 über Hirntumoren, aktuell REFLEX-Studie zu Zellschäden, TNO-Studie über kognitive Effekte insbesondere durch UMTS-Frequenzen!).

In einschlägigen Studien zeigte sich eine bisher nicht bekannte beunruhigende Verkürzung der sogenannten Latenzzeit bis zum Auftreten eines Tumors nach Expositionsbeginn.

3. Eine Reaktion der Politiker und der Entscheidungsträger im Gesundheitswesen ist ausgeblieben.

Der Ausbau der Mobilfunktechnologie wird ungebremst fortgesetzt, letzte Sendelücken in der GSM-Technik werden geschlossen, UMTS-Sender werden überall in den Städten und Gemeinden bereits installiert. In Schulen, Universitäten, Flughäfen u.a. wird mit W-LAN ein kabelloser Internetzugang ermöglicht.

Die enge Verflechtung von Politik und wirtschaftlichen Interessen führt dazu, dass der Schutz der Gesundheit, die das höchste Gut eines Volkes darstellt, missachtet wird.

Besonders verwerflich ist, dass Kindern und Jugendlichen über die Werbung zum Kauf regelrecht verführt werden, obgleich gesundheitlichen Gefahren drohen.

4. Wir appellieren an Politiker, Wissenschaftler und Verantwortlichen des Gesundheitswesens, dem Schutz von Leben und Gesundheit von uns allen wieder den gebührenden grundgesetzlich garantierten Wert einzuräumen und **sofort zu handeln!!** Wir erneuern nachdrücklich unsere Forderungen vom Oktober 2002:

- Neue gesundheitsverträgliche Kommunikationstechniken mit interessenunabhängiger Abwägung der Risiken speziell vor deren Einführung und als Sofortmassnahmen und Übergangsregelung.
- Massive Reduzierung der Grenzwerte, Sendeleistungen und Funkbelastungen auf ein biologisch vertretbares Maß speziell in Schlaf- und Regenerationsbereichen
- Kein weiterer Ausbau der Mobilfunktechnologie (**Moratorium !**), damit die Strahlungsbelastung nicht noch um ein Vielfaches zunimmt.
- Mitspracherecht der Bevölkerung und der Gemeinden bei der Standortplanung der Sendeanlagen, was für eine Demokratie selbstverständlich sein sollte.
- Aufklärung der Bevölkerung und speziell der Handynutzer über die Gesundheitsrisiken elektromagnetischer Felder.
- Förderung eines bewussten Umgangs mit Mobilfunk. Handyverbot für Kinder und Nutzungseinschränkung für Jugendliche.
- Verbot der Handy-Benutzung und DECT - Telefone in Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Altenheimen, Veranstaltungsstätten, öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln.
- Handy- und mobilfunkfreie Zonen analog autofreien Bereichen •
- Überarbeitung des DECT - Standards für Schnurlos-Telefone mit dem Ziel, die Strahlungsintensität zu reduzieren und auf die tatsächliche Nutzungszeit zu begrenzen sowie die biologisch kritische Pulsung zu vermeiden.
- Industrie-unabhängige Forschung mit Einbeziehung der reichlich vorhandenen kritischen Forschungsergebnisse und unserer ärztlichen Beobachtungen

IGUMED e.V. (Interdisziplinäre Gesellschaft fuer Umweltmedizin) Fedelhöfen 88, 28203 Bremen, Tel. 0421/4984251, FAX 0421/4984252, www.igumed.de, igumed@gmx.de

von elektrosmognews:

Die Beiträge der Veranstaltung der Umwelt Akademie e.V. vom 05.12.03 sind online

Unter www.die-umwelt-akademie.de können alle Beiträge eingesehen werden. Insbesondere der Beitrag von Herr Prof. Dr. Franz Adlkofer (REFLEX-Studie) ist mehr als beeindruckend, auch wenn er auf manche Leser möglicherweise einen zu "wissenschaftlichen" Eindruck macht.

Verbraucherschützer warnen vor Strahlenbelastung durch W-LAN und Bluetooth im Haushalt

Verbraucherzentrale: Access Points und andere Geräte mit Funktechnik gehören nicht in Schlaf- und Kinderzimmer <http://www.vnunet.de/testticker/news/detail.asp?ArticleID=10592&Ref=pc-pro>

=====

KURZINFO

23.12.03

Greenpeace-Aktion in Hanau / Plutonium-Fabrik darf nicht an China verschachert werden
<http://www.presseportal.de/>

17. 12. 2003

Antibiotika bei Schweinen erhoehen Profite. Ärzte warnen vor steigendem Einsatz der Medikamente in Tierzucht <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=031217024>

EU-Parlament gibt Forderung nach umfassender Umwelthaftung auf

STRASSBURG. Das Europaparlament hat seine Forderung nach einer umfangreichen Haftung für Umweltschäden deutlich abgeschwächt. Die Straßburger Versammlung billigte am 17. Dezember eine Vorlage des ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=14863>

Patienteninteressen: Regierung schafft eigene Stelle

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=12&d=17&id=106476>

und/oder

Kühn-Mengel soll Patientenbeauftragte werden

BERLIN. Die SPD-Politikerin Helga Kühn-Mengel soll nach Zeitungsberichten Patientenbeauftragte der Bundesregierung werden. Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) habe die gesundheitspolitische ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=14860>

Hausaerzte haben es in der Hand, chronischen Schmerz zu verhindern Schmerzranke sind eine große Herausforderung. Und noch immer gibt es Defizite. Viele Tips, um Kollegen die Therapie der Kranken zu erleichtern, liefert eine neue Beitragsserie der "Ärzte Zeitung".

http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=290950,3176./politik/gesundheitsystem_ uns

oder/und **Fuer Schmerzranke hat sich viel getan, aber noch lange nicht genug.** Die Behandlung von Patienten mit Schmerzen hat sich in den vergangenen 20 Jahren deutlich verbessert. Dazu beigetragen haben neue Erkenntnisse zu Ursachen und Chronifizierungsmechanismen sowie neue Medikamente - entweder mit neuen Wirkstoffen oder neuer Galenik. Ist also alles im Lot bei der Schmerztherapie? Nein, klagen Schmerztherapeuten, das Gegenteil sei der Fall.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=290926,3176./medizin/schmerz>

Anmerkung Scherrmann: Die Defizite sind riesig. Solange Hausaerzte nicht ueber die Rolle von Schadstoffen bei chronischen Schmerzen aufgeklart werden, wird sich m. E: kaum etwas aendern.

Hörschaden: Jeder zehnte Grundschüler betroffen

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=12&d=17&id=106480> und/oder

Etwa jedes zehnte Kind leidet unter Hörschäden, so das Ergebnis einer Studie der Arbeitsgruppe Hörforschung an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Die Ursache sind oft Kinderpistolen und Silvester-Knaller. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=290783,3174./medizin/kinderkrankheiten>

Anmerkung Scherrmann: Ich versuche schon seit ueber 30 Jahren ueber Auswirkungen von „Laerm“ aufzuklaeren und insbesondere Kinder und Jugendliche fuer das Problem zu sensibilisieren. Das Problem ist zwar den Behoerden, AerztInnen, ... weitgehend bekannt, aber es erfolgt zu wenig Aufklaerung von Seiten staatlicher Stellen, Schulen, Verbaenden, Vereinen, AerztInnen, Eine erhebliche Schwachstelle ist immer noch die Gesetzgebung. Z. B. ist es m. E. untragbar, dass es fuer Kindergaerten und Schulen keine spezielle Verordnung bzgl. des Aussenlaerms gibt, und dass Kinderpistolen frei verkaeufllich sind, ...

Kopfschmerzen: Jeder Dritte leidet häufig daran

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=12&d=17&id=106485>

Anmerkung Scherrmann: Wie viele Kopfschmerzen koennten vermieden werden, wenn endlich die Rolle von Schadstoffbelastungen bei der Entstehung von Kopfschmerzen klar artikuliert wuerde und Praevention (sprich Schadstoffvermeidung z. B. im indoor-Bereich) gefordert wuerde!

09.12.03

Schuetzt ein sonniges Gemuet vor Alzheimer? Menschen mit einem Hang zu Depressionen und psychischen Problemen erkranken beinahe doppelt so haeufig an Alzheimer wie psychisch stabile. Das fanden amerikanische Wissenschaftler heraus, die Freiwillige mit einem Durchschnittsalter von 75 Jahren fuef Jahre lang beobachtet hatten. <http://www.med1.de/News/Psychologie.Psychiatrie/>, <http://www.med1.de/News/Forschung/>

Anmerkung Scherrmann: Bei diesen Untersuchungen wird leider nicht gefragt, welche Rolle Neurotoxine sowohl bei der Entstehung von Depressionen und psychischen Problemen als auch bei der Entstehung von Alzheimer spielen.

2.12.03 **Psychiatrie: Immer mehr Kranke werden weggesperrt** Immer mehr psychisch Kranke werden gegen ihren Willen in die geschlossene Psychiatrie eingewiesen. Die Entwicklung wird durch das 1992 eingefuehrte Betreuungsrecht beguenstigt, das Eingriffe in die persoenliche Freiheit eigentlich erschweren sollte. <http://www.med1.de/News/Gesellschaft/>

<http://www.med1.de/News/Psychologie.Psychiatrie/>

12.12.2003

Starke UV-Strahlung: Wintersportler brauchen Schutz

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=12&d=13&id=106366>

Handy-Strahlung: Für Teens oft zu stark

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=12&d=13&id=106367>

12. 12.2003

Kinderrauchen: Deuschland auf Spitzenplatz in Europa

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=12&d=12&id=106325>

Anmerkung Scherrmann: Warum wohl?

11.12.03

Waldsterben: Mehr als zwei Drittel aller Bäume sind krank

Der deutsche Wald hat sich nur vorübergehend erholt: Nach dem extrem trockenen Sommer ist er wieder so krank wie zu den schlechtesten Zeiten Anfang der neunziger Jahre. Nur 31 Prozent der Bäume sind nach Angaben der Bundesregierung ohne Schäden.

<http://www.presseportal.de/story.htx?nr=508469>

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/erde/0,1518,druck-277890,00.html>

8.12.2003

Luftverschmutzung erhöht möglicherweise das Risiko für Lungenkrebs LONDON. Dauerhafte Luftverschmutzung kann das Risiko für die Entwicklung von Lungenkrebs erhöhen. Zu diesem Ergebnis kommen Per Nafstad und Bente Oftedal et al. von der Division of Epidemiology, ...mehr <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=14788>

Anmerkung Scherrmann:

Wenn etwas gar nicht mehr zu leugnen ist, heisst dies im offiziellen Sprachgebrauch „moeglicherweise“.

Chronische Schmerzen: Patienten sollen unter Leute

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=12&d=10&id=106216>

Anmerkung Scherrmann: In meinem Umfeld kenne ich sehr viel Menschen, die chronische Schmerzen haben und die nicht mehr „unter Leute koennen“, weil die Rahmenbedingungen zu schlecht sind. Die sind so schlecht, weil die EntscheidungstraegerInnen im wissenschaftlichen, behoerdlichen, politischen, aertzlichen Bereich sich nicht fuer bessere Rahmenbedingungen (schadstoffaermere Luft) einsetzen.

=====

RECHT

Neues in VSB-INFO vom 11.12.2003

- Ein Service von V/SB-INFO (<http://www.uwendler.de>) und anhaltspunkte.de (<http://www.anhaltspunkte.de>) -

BSG, Urteil vom 18.09.2003 - B 9 SB 3/02 R:

Die "Anhaltspunkte" (AHP) sind, auch wenn sie weiterhin nicht demokratisch legitimiert sind, - noch - nicht aus rechtsstaatlichen Gründen unanwendbar geworden; denn sie sind zur Konkretisierung des Normbefehls des § 69 SGB IX weiterhin geeignet und praktisch kaum zu ersetzen. Ihre generelle Richtigkeit kann durch Einzelfallgutachten nicht widerlegt werden. Etwas anderes gilt nur in Fällen, in denen Zweifel an der Aktualität der AHP bestehen, etwa weil eine ernst zu nehmende Stimme eine abweichende Auffassung vertritt. Solchen Zweifeln haben die Gerichte nachzugehen und sie auszuräumen oder zu bestätigen. In diesem Fall ist dann ggf auch der Ärztliche Sachverständigenbeirat (bzw für diesen die Versorgungsverwaltung) verpflichtet, im jeweiligen Verfahren die seiner Beurteilung zu Grunde liegenden Erwägungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse vollständig offen zu legen (Bestätigung des Urteils des LSG NRW vom 06.06.2002).

Neu eingestellt wurde am 02.12.2003 in V/SB-INFO:

LSG NRW, Beschluss vom 20.11.2003 - L 10 SB 102/02:

Ein Antrag auf Feststellung eines Mindest-GdB ist dahingehend zu verstehen, dass dieser Mindest-GdB - und kein höherer GdB - angestrebt wird. Etwas anderes gilt nur, wenn sich aus dem Klagevorbringen ergibt, dass es dem Kläger tatsächlich darum geht, einen höheren GdB festzustellen zu lassen. Dem Ziel der Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft ist grundsätzlich höhere Bedeutung zuzumessen als der erreichten Erhöhung des GdB von 30 auf 40 (m.w.N.).

LSG NRW, Urteil vom 09.10.2003 - L 7 V 22/03:

Eine Anhörung i.S.d. § 105 Abs. 1 Satz 2 SGG (Gerichtsbescheid) genügt nicht den Anforderungen, wenn den Beteiligten lediglich eine formularmäßige Mitteilung ohne Bezug auf den Einzelfall zugesandt wird. Erforderlich sind vielmehr zumindest kurze und fallbezogene Hinweise. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs verletzt, wenn das Gericht in der Sache entscheidet, ohne über den gestellten Antrag auf Prozesskostenhilfe zu entscheiden.

SG Aachen, Urteil vom 08.09.2003 - S 12 SB 7/03:

Ist die Fortbewegungsfähigkeit - bei Benutzung zweier Unterarmgehstützen und bei erheblichen Schmerzen bereits schon bei den ersten Schritten - auf ca. 55 Meter in zwei Minuten eingeschränkt,

ist der Nachteilsausgleich "aG" gerechtfertigt. Dem steht nicht entgegen, dass in etwa 10 Minuten bis zu 150 Meter zu Fuß zurückgelegt werden können.

SG Gelsenkirchen, Urteil vom 19.08.2003 - S 27 SB 67/02:

Bei hirnorganischen Anfällen kommt der Nachteilsausgleich "B" erst bei einer mittleren Anfallshäufigkeit überwiegend am Tage in Betracht; dies setzt nach den AHP generalisierte und komplexe Anfälle mit Pausen von Wochen oder kleine Anfälle mit Pausen von Tagen voraus, die für sich einen Einzel-GdB von 60 bis 80 bedingen. Dies gilt beim Diabetes analog. Ein durch Insulin ausreichend kontrollierter Diabetes, bei dem es weder zu häufigen noch zu ausgeprägten Hypoglykämien kommt, rechtfertigt deshalb nicht den Nachteilsausgleich "B".

Bayerisches LSG, Urteil vom 23.07.2003 - L 18 SB 111/02:

Im gerichtlichen Verfahren nach dem SGB XI ist zur Aufklärung des medizinischen Sachverhalts zumindest dann Gutachten von einem Facharzt einzuholen (hier Facharzt für Orthopädie), wenn Hinweise auf einen erheblichen (orthopädischen) Befund deuten und auch im Verwaltungsverfahren keine fachärztliche Untersuchung erfolgt ist. Eine sozialmedizinische Begutachtung reicht in diesem Fall nicht aus.

Bayerisches LSG, Urteil vom 23.07.2003 - L 18 SB 8/02:

Entscheidend für die Feststellung des GdB ist nicht die Diagnose, sondern das Ausmaß der festgestellten Funktionseinschränkungen. Für die Sachaufklärung ist hinreichend, wenn das Ausmaß der durch die (unbenannte) Behinderung verursachten Funktionsstörung zuverlässig abgeschätzt werden kann.

Neue Vorschriften – EG

VERORDNUNG (EG) Nr. 1896/2000 DER KOMMISSION vom 7. September 2000 über die erste Phase des Programms gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Biozid-Produkte

VERORDNUNG (EG) Nr. 2032/2003 DER KOMMISSION vom 4. November 2003 über die zweite Phase des Zehn-Jahres-Arbeitsprogramms gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1896/2000

VERORDNUNG (EG) Nr. 2003/2003 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 13. Oktober 2003 über Düngemittel

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION vom 25. November 2003 über die von Deutschland nach Artikel 95 Absatz 4 EG-Vertrag notifizierte einzelstaatlichen Bestimmungen zur Verwendung von Azofarbstoffen (2003/829/EG)

<http://www.umweltdigital.de/>

Thesaurus des Umweltdatenkatalogs (UDK-Thesaurus Version 6) Herausgegeben vom Umweltbundesamt Österreich, 2003, 1 CD-ROM in Papiertasche, Euro(D) 20,00, Erich Schmidt Verlag, ISBN 3 503 07430 9

Vergleichbar mit einem Wörterbuch hilft ein Thesaurus bei der inhaltlichen Ordnung von Dokumentationssystemen nach festgelegten Stichwörtern. Für den Umweltbereich haben die Umweltbundesämter Deutschlands und Österreichs einen gemeinsamen Thesaurus für die

Umweltdatenkataloge entwickelt. Dieser UDK-Thesaurus liegt auf dem Programm THESshow bereits in der Version 6 vor und umfasst knapp 9.000 Haupteinträge und 13.000 Synonyme aus 33 Themenkategorien. Zweisprachig in deutsch und englisch lassen sich die Einträge hierarchisch oder alphabetisch darstellen – eine Suchfunktion und ein Sammelkorb für ausgewählte Begriffe runden den UDK-Thesaurus 6 ab.

Zusätzlich enthält die THESshow CD-ROM vier weitere mehrsprachige Datenbanken der Umweltbegriffe:

GEMET 2001: der General Multilingual Environment Thesaurus der Europäischen Umweltagentur in 19 Sprachen. Bulgarisch, Dänisch, Deutsch, Englisch (GB und US), Finnisch, Französisch, Griechisch, Holländisch, Italienisch, Norwegisch, Portugiesisch, Russisch, Schwedisch, Slowakisch, Slowenisch, Spanisch, Tschechisch und Ungarisch

ENVOG: der Multilingual Thesaurus of Environmental Terms der UNEP/INFOTERRA in 4 UN-Sprachen das ABFALLWIRTSCHAFTSGLOSSAR des österreichischen Normungsinstituts in 9 Sprachen: Deutsch, Englisch, Russisch, Tschechisch, Ungarisch, Kroatisch, Polnisch, Slowakisch und Slowenisch

das LEXIKON WALDSCHÄDIGENDE LUFTVERUNREINIGUNGEN des Bundesamts und Forschungszentrums für Wald (BFW) in Deutsch mit einem Index Deutsch-Englisch, Englisch-Deutsch

Weitere Informationen zu diesem Titel: <http://www.ESV.info/esv-digi/3503074309.htm>

=====

VERBRAUCHER/INNEN

Vom Umweltinstitut München e.V. - Newsletter vom 16. Dezember 2003

Gift in Weihnachtsäpfeln? Häufig Pestizidrückstände in Obst und Gemüse - Mit Bio auf Nummer Sicher <http://www.umweltinstitut.org/frames/allg/press/f-20031210.htm>

Manche Modelle belasten den Kopf um 90 Prozent weniger: Beim neuen Handy auf die Strahlenbelastung achten <http://www.umweltinstitut.org/frames/allg/press/f-20031128.htm>

Bei Geschenken auf Waren aus fairer Produktion achten Keine Ausbeutung unterm Weihnachtsbaum <http://www.umweltinstitut.org/frames/allg/press/f-20031203.htm>

Umweltinstitut München e.V., Schwere-Reiter-Str. 35 / 1 b, D-80797 München
<http://www.umweltinstitut.org> hu@umweltinstitut.org

=====

POLITIK - BEHOERDEN

=====

BUNDESTAG

December 16 Verbraucherschutz/Kleine Anfrage

FDP FRAGT NACH QUALITÄT VON NAHRUNGSMITTELN DES ÖKOLOGISCHEN LANDBAUS

Berlin: (hib/POT) Die Qualität von Nahrungsmitteln des ökologischen Landbaus ist Gegenstand einer Kleinen Anfrage der FDP-Fraktion (15/2203). Die Liberalen wollen von der Regierung unter anderem wissen, ob nach ihrer Ansicht Lebensmittel des ökologischen Landbaus eine signifikant

bessere Produktqualität aufweisen als Lebensmittel des integrierten und des konventionellen Landbaus.

Die Regierung soll darüber hinaus sagen, ob sie die Einschätzung teilt, dass Gütezeichen, die auf der Grundlage von Analyseergebnissen Produkteigenschaften zertifizieren für den Verbraucher, der eine besonders hohe Produktqualität bevorzugt, aussagekräftiger sind, als Siegel, die die Produktion nach bestimmten Verfahren zertifizieren.

Von Interesse ist für die FDP auch, wie die Regierung die Auffassung des Instituts für ökologischen Landbau in Trenthorst bewertet, dass bislang "klare Beweise fehlen, dass ökologisch produzierte Lebensmittel eine bessere Produktqualität aufweisen und/oder gesünder sind als Lebensmittel aus konventioneller Produktion".

Des Weiteren erkundigen sich die Abgeordneten nach der mikrobiellen Belastung von Eiern sowie Geflügel aus der Produktion des ökologischen Landbaus im Vergleich zu der aus konventioneller Tierhaltung.

Außerdem fragen die Liberalen, wie sich der deutlich höhere Flächenbedarf in der Tierproduktion des ökologischen Landbaus mit dem Leitbild der Bundesregierung für eine nachhaltige und umweltverträgliche Landwirtschaft verträgt.

Anmerkung Scherrmann:

- a) Ist aufschlussreich, wie hier argumentiert bzw. gefragt wird.
- b) In den letzten 4 Wochen, gab es keinen weiteren Punkt, der im Zusammenhang mit „Umwelt und Gesundheit“ steht.

=====

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz

Schnappauf: Auch im Winter Sonnenschutz nicht vernachlässigen - Hautkrebs nimmt weiter rasant zu

Gerade auch im Winter darf der Schutz vor UV-Strahlung nicht vernachlässigt werden. Daran hat Gesundheitsminister Dr. Werner Schnappauf heute erinnert. "Besonders Skifahrer, Gletschergeher und vor allem auch die Winterurlauber mit Fernreisezielen sollen sich ausreichend vor starker Sonneneinstrahlung schützen. Der vernünftige Umgang mit der Sonne, textiler Sonnenschutz und Sonnenschutzmittel auf der Haut sind die wichtigsten Schutzmaßnahmen vor Hautkrebs", betonte der Minister. In einem vom Gesundheitsministerium initiierten Fachgespräch haben renommierte Wissenschaftler erst vor kurzem wieder auf die enormen Gesundheitsgefahren durch UV-Strahlung hingewiesen und bestätigt, dass die Zahl der Hautkrebsfälle weiter stetig ansteigt. Schon heute erkrankt bereits jeder 100. in Bayern an schwarzem Hautkrebs (malignes Melanom); die Tendenz ist weiter steigend.

Die UV-Strahlung bleibt intensiv. Trotz des globalen FCKW-Ausstiegs ist mit einer vollständigen Erholung der Ozonschicht und mit einem Rückgang der UV-Strahlung erst in einigen Jahrzehnten zu rechnen. "Deshalb ist individueller Sonnenschutz weiterhin enorm wichtig", ergänzte Schnappauf. Eine übermäßige Belastung mit UV-Strahlen kann nicht nur Hautkrebs, vorzeitige Hautalterung und Augenschäden auslösen, sondern auch die Immunabwehr des Körpers insgesamt reduzieren. Fachleute sind sich einig, dass gerade Kinder in den ersten sechs Lebensjahren besonders gefährdet sind, Schäden davon zu tragen, die sich erst viel später auswirken. Die Experten halten Aufklärungskampagnen zum UV-Schutz, die jährlich wiederholt werden, für notwendig, der steigenden Gefahr entgegen zu wirken. In Bayern gibt es hierzu die Kampagne "Sonne mit Verstand".

Weitere Infos unter www.sonne-mit-verstand.de

=====

UBA – UMWELTBUNDESAMT

17.12.2003 **Gebrauchte CDs - fuer die Muelltonne viel zu wertvoll**

Neues Faltblatt des Umweltbundesamtes informiert ueber Rueckgabestellen

CDs, CD-ROMs und DVDs haben sich als preiswerte Speichermedien von Informationen, Musik, Spielen und Filmen sintflutartig verbreitet. Da vor allem Daten-CDs nur begrenzt anwendbar sind, stellt sich fuer Verbraucherinnen und Verbraucher schon bald die Frage: Wohin mit den alten Scheiben? CDs lassen sich gut recyceln - das schont die Umwelt. Statt nicht mehr gebrauchte CDs in Schubladen zwischenzulagern oder einfach in die Muelltonne zu werfen, empfiehlt das Umweltbundesamt (UBA), diese an den Sammelstellen abzugeben. Wo dies moeglich ist, darueber informiert das kostenlose Faltblatt „CD-Recycling - eine (fast) runde Sache“ des Umweltbundesamtes.

Das Recycling von CDs ist in Deutschland bereits Realitaet. So werden jaehrlich etwa 5.000 Tonnen Produktionsabfaelle, Ueberschussproduktion und CDs aus Zeitschriftenremittenden erfasst und verwertet. Die Rueckklaeufer aus dem privaten und gewerblichen Bereich fallen hingegen mit einigen Hundert Tonnen weniger ins Gewicht. Offenbar ist die Bevoelkerung nicht ausreichend ueber Rueckgabemoeglichkeiten von Alt-CDs informiert. CDs bestehen ueberwiegend aus dem Kunststoff Polycarbonat, einer duennen Metallschicht, Schutzlack und Druckfarben. Die Beschichtung laesst sich mit geringem Aufwand von der Kunststoffscheibe loesen. Das aufbereitete Polycarbonat ist ein hochwertiger Wertstoff, aus dem Produkte fuer die Medizintechnik, Automobil- und Computerindustrie hergestellt werden. Eine Verwertung ist nicht nur wirtschaftlich sinnvoll, sie hilft auch Erdoel und damit nicht erneuerbare Ressourcen zu sparen.

Das Faltblatt „CD-Recycling - eine (fast) runde Sache“ ist kostenlos erhaeltlich beim Umweltbundesamt, ZAD, Postfach 33 00 22, 14191 Berlin (Postkarte), Fax: 030/89 03-2912. Es ist auch im Internet unter <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/ratgeber.htm> abrufbar.

16. 12. 2003 **Umwelt im Krieg durch internationales Recht nur unzureichend geschuetzt.**

Vorschlaege zum besseren Schutz der Umwelt in Kriegszeiten

Krieg bedeutet großes menschliches Leid. Der Schutz der vom Krieg betroffenen Zivilbevoelkerung und der beteiligten Soldatinnen und Soldaten ist daher erstes Anliegen des humanitaeren Voelkerrechts. Daneben muss auch die Umwelt im Krieg angemessen geschuetzt werden - bildet sie doch die natuerliche Lebensgrundlage der Menschen. Gegenwaertig gelingt dies dem internationalen Recht nur unzureichend. Eine im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) erstellte Studie schlaegt kurzfristig militaerische Verfahrensregeln als neues Schutzinstrument vor. Sie sollen zu einer besseren Beachtung der Umweltbelange im Krieg fuehren. Langfristig spricht sich der Autor - Prof. Daniel Bodansky von der Universitaet Georgia, USA - dafuer aus, das bestehende Kriegs- und Voelkerrecht besser anzuwenden.

Die Studie zeigt anhand zahlreicher Beispiele, dass selbst schwere und lang anhaltende Umweltschaeden - zum Beispiel infolge der Zerstoerung eines Oelfeldes oder einer chemischen Fabrik - durch das geltende Kriegs- und Umweltvoelkerrecht nicht verhindert werden konnten.

Fuer bestimmte Bereiche schlaegt der Autor langfristig neue Regeln - wie ein Verbot militaerischer Aktivitaeten in international anerkannten Naturschutzgebieten - vor. Bereits kurzfristig moechte der Autor das Militaer verpflichten, die Umweltwirkungen militaerischer Aktivitaeten nach einheitlichen Maßstaeben vorab zu beurteilen und diese bei der Zielanalyse oder Zielauswahl besser zu beruecksichtigen. Derartige Verfahrensregeln, die als Handlungsanleitungen Eingang in die militaerische Praxis finden koennten, verspraechen eine schnellere Verbesserung des Umweltschutzes als neue Voelkerrechtsregeln. Gleichzeitig koennten die militaerischen Verfahrensregeln das Bewusstsein fuer die Belange der Umwelt in Kriegszeiten staerken, und so ein erster Schritt sein, schon bestehende Kriegs- und Umweltrechtsvorschriften langfristig besser anzuwenden.

Die Studie „Legal Regulation of the Effects of Military Activity on the Environment“ ist in englischer Sprache als Band 5/03 der Reihe BERICHTE des Umweltbundesamtes im Erich-Schmidt Verlag

erschienen (126 Seiten, 34 Euro, ISBN 3-503-07819-3). Sie ist im Buchhandel oder direkt beim Erich Schmidt Verlag, Genthiner Straße 30g, 10785 Berlin, Tel: 030/250085-0, e-Mail: esv@esvmedien.de , Internet: <http://www.erich-schmidt-verlag.de> erhaeltlich.

=====

Ende des newsletter/d/62

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann, Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529 email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org, web: <http://www.safer-world.org> SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt